

Liberal, sozial – noch christlich?

Im Parteiprogramm vom September 2004 positionierte sich die CVP als liberal-soziale überkonfessionelle christliche Wertepartei. Sie hat damit einen pragmatischen Ansatz gefunden, ihr Verständnis des C ins Parteienspektrum einzubringen ohne weiterhin die inzwischen nichts sagenden Begriffe wie „bürgerlich“ oder „Mitte“ zu verwenden. Viele, welche diese bewährte Rhetorik nur ungern aufgeben, mag dies schmerzen. Der Verzicht auf abgedroschene Begriffe kann indes befreien, die eigene Position grundsätzlich neu zu überdenken.

Allerdings sind die Begriffe liberal und sozial auch nicht so neu. Die Versuchung besteht, sie als ideologischen Selbstbedienungsladen fallweise je nach Interessenlage zu verwenden. Beim Partnerschaftsgesetz war man liberal und sozial zugleich, beim Arbeitsgesetz wurde der liberale Akzent gesetzt. Doch wie bewältigt man zum Beispiel die Forderung nach der Liberalisierung des Haschischkonsums? Damit tun sich auch andere liberale Parteien schwer. Dazu kommt, dass inzwischen von Kirchen und kirchlichen Gruppierungen das C vermehrt in Frage gestellt wird. Die CVP steht zunehmend unter Druck, sich als glaubwürdige christliche Partei zu legitimieren. Eine Begriffsklärung ist tut not.

Dies ist meines Erachtens keine lästige Pflicht, sondern eine faszinierende Aufgabe.

Entscheidend ist dabei, dass der Bindestrich zwischen liberal und sozial nicht unterschlagen wird. Liberal-soziale Werthaltungen entsprechen christlicher Tradition. Sie haben nichts zu tun mit dem Versuch, Liberalismus und Sozialismus miteinander zu versöhnen.

Ausgangspunkt der Begriffsklärung muss die biblische Grundeinsicht sein, dass Liebe und Freiheit immer zusammen zu denken sind und nie die eine ohne die andere zum Gestaltungsprinzip gemeinschaftlichen Lebens werden darf.

Von der katholischen Tradition geprägte CVP-Politiker tun sich allerdings mit „liberal“ eher schwer. Das hat sich bei der Luzerner CVP gezeigt, welche mit diesem Begriff immer noch ungute Erinnerungen an den Kulturkampf verbindet. Gerade die ökumenische Öffnung der Partei beinhaltet aber die Chance, die andere grosse christliche Traditionslinie zu reflektieren, welche die Bibel aus der Perspektive der Schriften des Apostels Paulus deutet. Als Pflichtlektüre für christlich Politisierende empfehlen sich vor allem der Galater- und der Römerbrief. Einen Höhepunkt fand diese Tradition in der Theologie Martin Luthers: Hier findet sich das markante Plädoyer für die Freiheit jedes Christenmenschen, das aber immer eine Freiheit zur Ermöglichung eines noch grösseren sozialen Mehrwerts ist.

Das ist auch der katholischen Tradition an und für sich gar nicht so fremd. Allerdings tat sie sich in der jüngeren Tradition doch eher schwer damit, vor allem im innerkirchlichen Bereich. In der Tradition ihrer Soziallehre hat sie sich mit dem Subsidiaritätsprinzip vorsichtig der Moderne angenähert. Der Gedanke der Subsidiarität ist alt. Als Prinzip wurde sie zuerst von Abraham Lincoln formuliert. 1931 erhielt sie päpstliche Autorität und hat seither als „katholisches Prinzip“ Karriere gemacht. Subsidiarität fordert den Respekt gegenüber den untergeordneten Ebenen. Diese sollen in ihrem Handeln von oben nicht behindert werden, wenn sie die ihnen gestellten Aufgaben aus eigener Kraft bewältigen können. Damit ist implizit der Gedanke der Eigenverantwortung und damit der Mündigkeit der menschlichen Person enthalten. Dies entspricht einem Menschenbild, in welchem freie und vernünftige Subjekte nach besten Kräften ihre Zukunft selbst gestalten. Ratifiziert wurde dieses Bild des autonom handelnden Menschen auch am zweiten vatikanischen Konzil.

Allerdings: Subsidiarität darf nie zum Egoismus verkommen. Grundlegend ist immer auch die Sicht fürs Ganze. Darum bedarf sie des ergänzenden Gestaltungsprinzips der Solidarität.

Womit wir wieder beim Bindestrich zwischen liberal und sozial angelangt sind.

Eigeninitiative soll immer wieder ermöglicht werden, Staatstätigkeit soll eingegrenzt werden – aber nur bis zu dem Punkt, wo Menschen nicht ständig auf der Verliererseite stehen. Denn auch dies ist eines der Basics biblischer und christlicher Tradition: Massstab des Gelingens christlicher Politik ist die Sorge für die Armen. Dass diesen ebenfalls dann am besten geholfen ist, wenn sie möglichst bald ihr Geschick in die eigenen Hände nehmen können und

nicht als Unmündige von Oben versorgt werden, entspricht dem grundsätzlichen Respekt gegenüber jeder menschlichen Person.

Zurück zur CVP: Sie hat sich mit dem neuen Parteiprogramm tatsächlich eine Basis geschaffen, ihr C nochmals neu zu überdenken. Liberal-soziale Politik kann als christlich motivierte Politik eine Alternative zum gängigen „Links-Rechts-Schema“ darstellen, ohne einen schwammigen Begriff der Mitte bemühen zu müssen. Voraussetzung ist indes eine ehrliche und intensive Reflexion der eigenen Wurzeln und Grundlagen. Diese steht noch aus. Mit liberal-sozial wurde die christliche Tradition – reformiert wie katholisch – auf einen prägnanten Begriff gebracht. Wird er vertieft, kann er zum Profil einer Partei werden, die in ihren politischen Entscheiden klare Konturen hat und so auch berechenbar wird.

Die Versuchung ist gross, nach den ersten Erfolgen mal etwas liberal und dann hin und wieder auch sozial sich durch den politischen Alltag hindurch zu schlängeln. Längerfristig würden damit jene Vorurteile neue Nahrung erhalten, die früher der Partei geschadet haben.

Bleibt noch die Gretchenfrage: Soll „christlich“ noch den Parteinamen zieren? Analog zum anonymen Christentum des Theologen Karl Rahner könnte die Partei auch als liberal-soziale LSP eine anonyme christliche Partei werden, die ihre Wurzeln diskret verschweigt. Diese Alternative wird in jüngster Zeit ebenfalls diskutiert, stösst aber parteiintern noch auf wenig Resonanz. Hier geht es letztlich um die Frage der Identität, deren Beantwortung nur durch einen länger dauernden Reflexionsprozess unter Einbezug der Basis gefunden werden kann. Sicher ist: Bei den kommenden Wahlen wird man immer noch mit der CVP als liberal-soziale Partei rechnen müssen.

(Erschienen in der NZZ am 2.6.2006)